

Kohle.

Die außergewöhnliche Kälte und die unermessliche Länge des Frostes haben zu einer beunruhigenden Notlage geführt. In allen kriegsführenden Staaten wird dieselbe empfunden und Maßnahmen, wie Schließung der Schulen, der Vergnügungsorte, Beschränkung der öffentlichen Beleuchtung und dergleichen mehr charakterisieren mit seltener Gleichheit die Situation der Städte innerhalb und außerhalb unserer Wassergrenzen. Bei uns in Wien wird in den letzten Tagen infolge eines kaiserlichen Machtwortes mit einer nie gekannten Intensität an der Behebung der Kohlenmisere gearbeitet. Vor allem konzentriert sich das Interesse auf die rasche Verteilung der in Wien am Nordbahnhof und dessen Umgebung lagernden Kohlenbestände. Die Fehler, die in Friedenszeit so oft besprochen wurden und auf die wir immer wieder erfolglos aufmerksam gemacht haben, werden jetzt empfindlich fühlbar: Es mangelt nämlich in Wien an der entsprechenden Dezentralisation der Kohlenlager! Im Herbst 1915 hat die „Kohle“ der Gemeinde in schriftlicher Form die Bitte unterbreitet, für die Abaptierung von Kohlenlagerplätzen an der Peripherie der inneren und äußeren Bezirke Vorkehrungen zu treffen und dieselben mit Rücksicht auf die Linien der Straßenbahn zu wählen. Wir haben, daß im Sommer durch die Straßenbahn die Kohle von der Nordbahn auf diese Lagerplätze verteilt werden möge. In beschränktem Maße, in weit geringerer Anzahl als wir es verlangt haben, wurden solche Lagerplätze auch tatsächlich angelegt, deren Vermehrung aber unter Hinweis darauf, daß sie von der Bevölkerung nicht entsprechend ausgenutzt würden, abgelehnt. Wie gut wäre es heute, wenn wir recht viele solcher gefüllter Lagerplätze hätten, statt der mit Kohlen verstopften, daher verkehrsschwierigen Nordbahn; statt der, die Geleise verlegenden, nicht weiter dirigierbaren gefüllten Kohlenwaggons!

In der gleichen Eingabe hat die „Kohle“ die Einstellung von geachteten Karren für den Abtransport der Kohlen an Stelle der im Krieg nicht mehr herstellbaren Eise verlangt und wieder bewiesen es die Entwicklung der Dinge, daß es für die Konsumenten eine große Erleichterung wäre, wenn damals die Verfrachtung mit den Kohlenkarren organisiert worden wäre. Wir sprechen die Überzeugung aus, daß die Kohlennot eine schwere Verschärfung dadurch erfahren hat, daß viel zu wenig Verteilungsapparate in Betrieb sind. So ist z. B. die „Kohle“ in der Kohlenversorgung seit Monaten ausgeschaltet. Sämtliche Ansuchen um Beistellung von Waggons, die die „Kohle“ seit September an die zuständigen Stellen gerichtet hat, sind bis heute unerledigt geblieben und während die Rutschen mancher Kohlenhändler, so überfüllt sind, daß sie die Kohlen gar nicht zu fassen vermögen, und daß Waggons angefüllt auf den Geleisen stehen, stehen die Rutschen der „Kohle“ seit Monaten fast leer. Die „Kohle“, die die Kohlen, solange sie welche vom staatlichen Vornahme erhalten hatte, zum Selbstkostenpreis an ihre Mitglieder weitergab, der Preis war 5 Kronen 50 Heller per 100 Kilogramm, zugefesselt ins Haus,

Geschäftsstelle der k. k.
Klassenlotterie
Die Ziehung der III. Klasse beginnt bereits am 13. u. 15. Februar. Versäumen Sie nicht die Erneuerung der Lose.

AG

Der Verfassungsgesetzgeber hat den Hintergrund geschoben.

Wir, die wir aber die Kontrolle der Preisbildung, der Verteilung in Wien und des Nachschubes aus den Gruben immer als unsere Pflicht ansehen, haben auch auf diesem Gebiete versucht, die Rechte der Konsumenten geltend zu machen. Als die Tarifserhöhung in der durchschnittlichen Höhe von 35 Hellern per Meterzentner für die Verfrachtung der Oberschlesischen Steinkohle nach Wien die Kohlenhändler veranlaßte, beim Handelsministerium um die Erlaubnis anzusuchen, eine im gleichen Ausmaße sich bewegende Preiserhöhung für die Oberschlesische Kohle vornehmen zu dürfen, haben die Konsumenten, vertreten durch die Kriegskommission, eine Eingabe an das Handelsministerium gerichtet, in der allgemeinen Notlage der Bevölkerung diese Preiserhöhung nicht allein auf die Verbraucher, sondern wenigstens teilweise auch auf die Kohlenhändler und Produzenten übertragen werden. Die Folge dieser Eingabe war, daß das Handelsministerium noch in letzter Stunde der Bewilligung der Preiserhöhung eine Sitzung einberief, in welcher außer den vollständig erschienenen Interessenten, den Kohlenhändlern, und den Vertretern des Arbeits- und Handelsministeriums sowie der Nordbahndirektion, auch den Verbrauchern eine Stimme eingeräumt worden war. Die Eingabe der Kriegskommission wurde abgelehnt. Es wurde erklärt, daß die Kalkulation der Kohlenhändler unter der Kontrolle des Handelsministeriums liege und daß der Gewinn der Kohlenhändler pro Meterzentner knapp bemessen ist und daß die weniger leistungsfähigen Firmen, die nur über einen kleinen Umsatz verfügen, nicht imstande wären, eine derartige Tarifierhöhung auch nur teilweise zu tragen. Wie groß der Jahresgewinn derjenigen Firmen ist, die einen Umsatz von mehr als 30 Waggons täglich zu verzeichnen haben, wurde nicht ausgesprochen. Auch der Vorschlag der Konsumentenvertreterin — es war namens der Kriegskommission die Präsidentin der „Kohle“, Frau Helene Granitsch anwesend — analog der Zuckerpreisbildung die erhöhten Kosten auf jene Kontingente der Kohlenlieferungen zu überwälzen, die für Industrie und Armee bestimmt sind, und die Hausbrandkohle von der Erhöhung frei zu halten, fand keine Zustimmung. Wohl aber wurde der Antrag der Konsumentenvertreterin bezüglich der Verrechnung jener Mengen Kohlen, die vor Eintritt der Tarifierhöhung in Wien eingetroffen sind und auf den Nordbahnhöfen lagern, in eingehende Erwägung gezogen. Die Kohlenhändler werden verpflichtet, die Summe Geld, die sich aus dem vom 5. Februar angefangenen erhöhten Verkaufspreise für jene Kohlenmengen ergibt, die sie vor der Tarifierhöhung, daher noch billiger übernommen haben, an das Handelsministerium abzuliefern, damit diese Summe zugunsten der Kohlenverteilung an die Bevölkerung Wiens die entsprechende Verwendung finde. Nachdem bei einzelnen Kohlenhändlern erwiefernmaßen in den letzten Tagen vor der Preiserhöhung der Absatz außerordentlich gering war (es sei erklärt, daß dies nur bei einigen Wenigen beobachtet wurde), so dürfte dieser Beschluß eine einschneidende Wirkung haben und eine erhebliche Summe ergeben. (Jedenfalls mehr als 120.000 Kronen.)

Wenn auch der Wunsch der Konsumenten nach Abbau der Preise in der Richtung, daß allgemeine Spesen wie Tarifierhöhungen und höhere Produktionskosten nicht allein vom Konsumenten getragen, sondern auch auf Händler und Produ-